

## Protokoll der Stadtratssitzung Sulzbach-Rosenberg vom 25.07.2023

*Dies ist kein offizielles Protokoll. Die aufgeführten Beschlussvorschläge sind teils gekürzt, sinngemäß in eigenen Worten dargestellt. Die aufgeführten Wortbeiträge sind nicht wortwörtlich, sondern sinnwährend gekürzt ohne Anspruch auf Vollständigkeit wiedergegeben. Die Sitzungsvorlagen mit Sachdarstellung und Beschlussvorschlag zu den jeweiligen TOP sind auf <https://buergerinfo.su-ro.info/info.php> abrufbar.*

### TOP Ö 1: Vorstellung des Radverkehrskonzepts durch das Büro i.n.s. - Institut für innovative Städte

*Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 14.07.2023, Az.: IV-631/Schö/pil – Radverkehrskonzept zur Kenntnis und stimmt dem vorgelegten Radverkehrskonzept zu. Das Konzept soll als strategische und konzeptionelle Grundlage für künftige Entscheidungen zur Förderung des Radverkehrs herangezogen werden. Konkrete Umsetzungsmaßnahmen werden gesondert beschlossen.*

Radverkehrskonzept für die Stadt Sulzbach-Rosenberg, Vortrag von Matthias Knaupp (i.n.s.)

- Umfassende kommunale Strategie, das Radfahren sicherer und einfacher zu gestalten
- Arbeits- und Entscheidungsgrundlage für die kommunale Verwaltung
- Langfristige Perspektive von bis zu 15 -20 Jahren, Handlungsbedarf aller Baulastträger
- Träger und Inhalte: Landkreis, Stadt, Staatl. Bauamt: Radnetz, Standards, Markierung & Beschilderung, Fahrradparken
- Trends: E-Mobilität auch bei Fahrrädern angekommen, Fahrräder werden schneller, breiter, länger
- Bestandsanalyse: Radverkehrsführung erfolgt meist auf kombinierten Geh- und Radwegen (v. a. außerorts) sowie im Mischverkehr (v. a. innerorts)
- Online-Beteiligung: 797 mal aufgerufen, 483 Eintragungen zu Verbesserungsvorschlägen, fehlenden Radwegen und Abstellanlagen
- Schlussfolgerungen als Handlungsschwerpunkte:
  - Sukzessiver Ausbau als erkennbare Routen
  - Ausbau als Pedelec-taugliche und Lastenrad-freundliche Radwege
  - Führung des Radverkehrs in Nebenstraßen
  - Einrichtung eines Grundangebots an Hauptverkehrsstraßen
  - Führung an Wirtschaftswegen und in der Altstadt
- Zwei Ebenen: Übergeordnetes Haupttroutennetz und engmaschiges Basisroutennetz mit je unterschiedliche Führungsformen
- Fahrradstraße: Straße wird zum Radweg, Autos (Anlieger oder alle Kfz) können aber zugelassen werden. Richtig umgesetzt, ist eine Fahrradstraße eine sichere und komfortable und schnelle Radverbindung
- Im Bestand sind die meisten Radverbindungen für die Verkehrsteilnehmer nicht oder nur schwer erkennbar
- Final abgestimmter Netzplan für den Alltag ist durchgehend und bindet alle wichtigen Quellen und Ziele an
- Aus der Netzplanung ergibt sich eine Routensystematik mit wichtigen Haupttrouten, für die eine zeitnahe Umsetzung priorisiert werden sollte.

- Im Stadtgebiet sollten sukzessive die wichtigsten Hauptrouten sichtbar gemacht werden: Baulich, Markierungen, Beschilderungen
- Alle (111) Empfehlungen: Maßnahmenplan, mit Empfehlungen (inkl. Musterlösungen) und Prioritäten hinterlegt
- Weitere Maßnahmenliste mit begleitenden Empfehlungen
- Nächste Schritte:
  - Kleinere Maßnahmen können sofort auf den Weg gebracht werden
  - Organisatorisch: Abstimmungsprozesse aller Baulastträger
  - Infrastrukturell: Umsetzung erster Maßnahmen, priorisierte Hauptrouten
- Fahrplan für die nächsten 5 Jahre:
  - Maßnahmen auf den Hauptrouten 1, 2 und 3
  - Kleinmaßnahmen auf allen Haupt- und Basisrouten

**Michael Göth (SPD):** Danke für die Berichterstattung und Erarbeitung des Konzepts in der Steuerungsgruppe. Jetzt sind wir in eigener und öffentlicher Erwartungshaltung, bzgl. mehr Attraktivität für den Radverkehr. Umsetzung aller Teilschritte jetzt und in Zukunft, um fahrradfreundlich zu werden. Maßnahmen sind zum Teil mit Kosten unterlegt, zum Teil nicht, auch über Finanzierung müsse beraten werden, Entscheidungen werden getroffen werden müssen was sich verändern muss wenn dem Radverkehr mehr Raum gegeben werden soll. Viel Diskussion nötig, nicht jede Maßnahme wird konfliktfrei sein.

**Peter Zahn (Umweltschutzbeauftragter):** Protokoll von Arbeitskreis Energie (Agenda 21) gefunden, dort aufgeführt: Autofahren werde mit immer größerer Unvernunft betrieben, Radfahrer bleiben auf der Strecke. Lösung: Mobilitätswende, anderes Fortbewegungsverhalten. Dazu gehören i) andere Fahrzeugsysteme, und ii) Veränderung des Mobilitätsverhaltens sowie der Infrastruktur. Das Radverkehrskonzept beschreibt den Ist-Zustand umfangreich und beschreibt vielfältige Maßnahmen. Grundlage dafür, dass im Endergebnis „Fahrradfreundliche Stadt Su.-Ro.“ heraus kommt. Das Konzept ist langfristig zu sehen. Der Radverkehr soll angenehmer, attraktiver, sicherer werden. Die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes ist Aufgabe der Stadtverwaltung und des Stadtrats, das Konzept darf nicht in der Schublade verschwinden. Alle Nutzer sollen im Verkehr den gleichen Raum erhalten, soziale Aufteilung heißt: Je 1/3 des Raumes für Autos, Radfahrer und Fußgänger.

**Gabriele Mutzbauer (Bündnis 90 / Die Grünen):** Die Zusammenarbeit mit der Steuerungsgruppe war immer sehr kooperativ, sei von Ergebnis begeistert. Fraktion habe schon vor längerer Zeit ein professionelles Konzept beantragt, die Begeisterung hielt sich damals jedoch in Grenzen. Jetziges Konzept zeigt, dass sich Zeit und Geld gelohnt haben. Nicht alles werde umgesetzt werden können, einige Maßnahmen sollten aber zeitnah realisiert werden. Es gibt vielfältige Fördermittel die ausgenutzt werden sollen. Steuerungsgruppe solle beibehalten werden.

**Joachim Bender (SPD):** Dank an Herrn Knaupp für die Arbeit der letzten Zeit, hier ist gute Arbeit geleistet worden, miteinander, nicht gegeneinander, auch mit Bürgerinnen und Bürgern. Stehen aktuell am Beginn eines weiteren langen Weges (auch früher sei schon viel geschehen), Radverkehrskonzept geht einen Schritt weiter als das damalige Radwegekonzept. Die folgenden 15 Jahre werden viel Geld kosten. 119 Einzelmaßnahmen, nicht alle mit Kosten unterlegt, kann man einschätzen was alles zusammen kosten würde? In den kommenden Monaten und Jahren braucht es weiterhin eine Gruppe welche alles verfolgt und steuert, mit Beteiligung einiger Stadträte. Noch eine Frage: Welche erste, kostengünstige Maßnahme aus Sicht des i.n.a. sinnvoll, welche auch heuer noch gefördert werden könne?

**Matthias Knaupp (i.n.s.):** Kosten-Hochrechnung schwierig, im Vergleich mit Kommunen ähnlicher Größe: 10 - 15 Mio., zum großen Teil wegen außerörtlicher zu asphaltierenden Basisrouten, was in Su.-Ro. aber nicht (überall) geplant ist. Für eine Förderung dieses Jahr sei es wohl zu spät, falls nicht schon ausgearbeitete Planungen vorliegen. Bis Ende 2023 umzusetzende Maßnahme zur Inanspruchnahme der Förderung könnte Abschnitt einer Fahrradstraße im Nebenstraßennetz sein, wo auch ein Probetrieb möglich wäre, begleitet von Untersuchungen zur Auswirkung.

**Ralf Volkert (SURO2030):** Auch von unserer Fraktion großer Dank für Verkehrskonzept: Ein Meilenstein, der jetzt auf die Straße gebracht werden müsse. Den Ausführungen von Zahn sei nichts hinzuzufügen. Mit Hauptroute 1 solle begonnen werden, Hauptroute 1 liegt bei 400 €T, abzgl. Förderung bei weniger als 100 T€ Eigenanteil. Hauptroute 1 liegt fast durchgehend im Verantwortungsbereich der Stadt. Damit wird ein Signal gesetzt, die Wünsche der Bürger ernst zu nehmen. Die Kosten aller drei Hauptrouten liegen bei ca. 1,8 Mio., auch hier sind 75 - 90 % Förderung denkbar. Die Kosten sollen uns nicht erschrecken, wir sollten Maßnahmen sofort angehen, die Förderkulisse ist derzeit so gut wie nie. Es soll ein zeitnahes Treffen der Steuerungsgruppe geben um erste große Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen.

**Hans-Jürgen Reitzenstein (FDP / FWS):** Großer Dank an die gute Arbeit. Besonders gut gefallen hat der vorgelegte Maßnahmenplan sowie die Ausarbeitung der Hauptrouten. Das Schlagwort „Mobilitätswende“ werde vielleicht bald Realität. Beim Anlegen von Fahrradstraßen müssen jedoch Bevölkerung und Anwohner mitgenommen werden, Fahrradstraßen werden den Verkehr evtl. auch anders verteilen. Das Konzept solle baldmöglichst angegangen werden, Verwaltung, Stadtrat und Steuerungsgruppe Hand in Hand.

**Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU):** Herzliches Danke-schön für das professionelle Konzept mit unzähligen Aspekten, hätte von Laien unmöglich so gemacht werden können. Wichtig, dass wir als Stadt weiter fahrradfreundlich werden und den Ausbau des Radwegenetz konsequent vorantreiben. Drei Anmerkungen: Wir sollten die Menschen nicht zur Änderung des Mobilitätsverhalten zwingen, sondern ein Angebot machen auf das Rad umzusteigen. Die Haushaltssituation müsse mit berücksichtigt werden, wir haben auch Pflichtaufgaben. Mit dem heutigen Beschluss solle nicht beschlossen werden, dass das Konzept vollständig umgesetzt werden soll. Es bleibt zur Diskussion, was wo wie Sinn macht, konkrete Einzelmaßnahmen müssen beschlossen werden.

**Wolfgang Berndt (DIE LINKE):** (zu Herrn Zahn): Man muss Änderungen mit den Menschen umsetzen, sonst bekäme man Gegenwind, was dann nicht funktioniert. Ansonsten Zustimmung zum Konzept.

**Gerd Geismann (SPD):** Begriff „Fahrradstraße“, hierbei sei es wichtig die Sachverständigen auch bei der Umsetzung und Beschilderung mit dabei zu haben.

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

## TOP Ö 2: Bürgerspitalstiftung: Erlass der Haushaltssatzung 2023 und Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2022-2026

*Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt 1. die in der Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Bürgerspitalstiftung Sulzbach-Rosenberg für das Haushaltsjahr 2023 und 2. Die Finanzplanung für die Jahre 2022 - 2026.*

**Karl Reyzi (CSU / JU):** Frage zu Zahlen: Höhere Summe bei Mieteinnahmen angesetzt: Liegt vollständige Vermietung vor, bzw. wie ist die Auslastung?

**Hans-Jürgen Strehl (Referat für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften):** Aktuell zwei Wohnungen frei, die saniert werden, danach hoffentlich wieder 100 % Auslastung

**Günter Koller (CSU / JU):** Energiekosten extrem für viele Mieter, brauchen Leute besondere Unterstützung?

**Hans-Jürgen Strehl:** Beratung zu besonderer Unterstützung sei mit allen Mietern erfolgt. Die letztjährige Abrechnung basiert auf alten Tarifen, die Steigerung erfolgte erst in diesem Jahr, die entsprechende Abrechnung im kommenden Jahr. Dann erfolgt hoffentlich kein großes böses Erwachen für die Mieter

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

### TOP Ö 3: Verlängerung des Durchführungszeitraums für Sanierungsmaßnahmen im Geltungsbereich der Sanierungssatzung für das Sanierungsgebiet Rosenberg-Ost

*Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferats vom 07.07.2023, Az.: IV-6141/Vog/st – ROS-OST, zur Kenntnis und beschließt die Frist für die Durchführung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet Rosenberg-Ost bis zum 31.12.2026 zu verlängern.*

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

### TOP Ö 4: Errichtung einer Boulebahn im Stadtgraben; Antrag in der 30. Sitzung des Stadtrates am 20.12.2022, TOP 11.1

*Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 13.07.2023, Az.: IV-5210/S-K/pil – Boulebahn, zur Kenntnis und beschließt, eine Boulebahn in der Größe von 3 x 12 m auf der Fläche im Stadtgraben unterhalb des Stadtturmes zu bauen, einen entsprechenden Förderantrag zu stellen und Haushaltsmittel einzustellen.*

**Joachim Bender (SPD):** Könne vorab Antragsteller beruhigen, obwohl das alte Stadtbad besser geeignet wäre, hoffentlich werden bald Boule gespielt werden können.

**Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90 / Die Grünen):** Standort einer der am besten frequentierten Standorte, hoffe auf eine starke Nutzung

**Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU):** hab es das erste Mal erlebt, dass ein Thema dreimal im Stadtrat behandelt wurde

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

### TOP Ö 5: Nachnutzungskonzeption für das Maxhüttengelände

*Für die weitere Umsetzungsbegleitung ist es sicherlich sinnvoll und notwendig, eine externe Projektsteuerung durchführen zu lassen. Das Büro DSK bietet sich hierfür an, da schon eine intensive Beschäftigung mit dem Zukunftskonzept für die Maxhütte erfolgt ist. Zum derzeitigen Kenntnisstand ist dies jedoch nur auf Stundenbasis und Abrechnung nach Aufwand möglich. Die aktuellen Stundensätze werden derzeit abgefragt. Die Sitzungsvorlage soll dem Stadtrat als Grundlage für die weiteren Diskussionen.*

**Michael Göth (SPD):** Zahlen werden aus heutiger Sicht wohl nicht mehr stimmen. Vorliegende Zahlen zur Hochofen-Plaza auf Basis damaliger Kostenrechnungen. Nun mögen Vorschläge aus allen Fraktionen kommen zur Nachnutzung und zum Erhalt der verbliebenen Bestandteile (u. a. Hochofen).

Was die Stadt alleine in die Hand nehmen kann wurde gemacht (z. B. Entwässerungskonzept für den Ostteil)

**Dr. Martin Pöllath (FDP / FWS):** Umfangreiche Vorarbeiten über die Jahre hinweg. Ad hoc steht an, Struktur ins Vorgehen zu bringen, es brauche einen Fahrplan zum Procedere „Entwicklung MH-Areal“, fünf Punkte seien in dieser Reihenfolge abzuarbeiten: 1. Was will die Stadt, was wollen wir? Erhalt der Plaza mit Berücksichtigung der Kostenfrage. Kann die Plaza finanziell unterhalten werden? Wirtschaftliches Hauptareal, MHIC sei sehr gut, müsse beschlossen werden. Delegation via Stadtratsbeschluss um Gespräch mit Eigentümer zu suchen und zu führen. 3. Trägt der Freistaat die Konzepte mit, welche Förderungen sind möglich? 4. DSK als Projektsteuerer beauftragen. 5. Gründung einer Entwicklungsgesellschaft.

**Karl Reyzl (CSU / JU):** In letzter Sitzung wurde von DSK das Ergebnis präsentiert, v. a. die Umsetzbarkeit des MHIC mit dem Fraunhofer UMSICHT, das Thema Plaza wurde eher am Rande diskutiert. Nun müsse konkret auf den Eigentümer zugegangen werden. Weniger wegen der Nachnutzung (Sanierung ist zu klären), wichtig für die jetzt anzugehende Sanierung des Westareals ist die Klärung, wie wichtig uns eine Beschäftigung mit der Hochofenplaza ist. Entweder die große Variante mit großem Umgriff auf altlastenbehaftete Fläche? Oder reduziertes Konzept ohne Sanierungskosten, da es nur Flächen unmittelbar um den Hochofen betrifft? Zugangsregelung oder Nutzung anderer Freiflächen (Veranstaltungen) müssen geklärt werden. Es sei dringend erforderlich, zeitnah mit dem Eigentümer alle Varianten zu diskutieren um zu sehen, was umsetzbar ist. Wenn die Sanierung begonnen werden kann wird entscheidend sein zu wissen, was mit der Plaza geschieht.

**Joachim Bender (SPD):** Sehr oft schon über dieses Thema diskutiert, SPD möchte Hochofen erhalten und Plaza nutzen. Aber bislang stand die Aussage im Raum, dass der Eigentümer der Stadt das Areal nicht altlastenfrei geben würde, was für die Stadt hohe Kosten bedeutet. Deshalb zeitnah mit Herrn Aicher sprechen um das Thema nochmals aufzugreifen. Zeitrahmen für Sanierung gut geschätzt 4 - 5 Jahre, vorher müsse Gespräch gesucht werden. Jetzt eine Trägergesellschaft zu gründen, wer beteiligt sich? Freistaat habe hierzu keine Zusage gemacht. Thema Folgekosten, auch darüber müsse man sprechen. Alleine könne die Stadt Su.-Ro. das nicht verwirklichen. Die Zeit drängt, der Zahn der Zeit nagt am Hochofen.

**Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90 / Die Grünen):** Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die Hochofen-Plaza erhalten werden solle. Die Stadt könne das finanziell nicht alleine schultern. Der Nutzungsplan aus 2017 widerspricht sich nicht wesentlich dem MHIC-Konzept. Entscheidender Punkt ist jetzt das Gespräch mit dem Eigentümer.

**Michael Schulz (FWU):** Wir haben das so verstanden, dass die Stadt ein Nutzungskonzept vorgeben muss bzgl. Trägergesellschaft, dann kann der Freistaat entscheiden ob er sich beteiligen möchte. Wir müssen uns überlegen welchen Teil wir erhalten wollen, hier wäre der Hochofen interessant, verkehrssicher, aber nicht zwingend eine Begehbarkeit. Erhalt der Hallen nur im Kontext einer kulturellen Nachnutzung.

**Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU):** Einige Dinge voneinander trennen: Mit Altlastensanierung hat die Stadt nichts zu tun, das ist ein Prozess des Eigentümers mit dem Freistaat. Aufgabe der Stadt sei, zu entscheiden, was die Stadt wolle und was sie sich leisten kann. Einem Erhalt von Hochofen und Hallen könne nicht pauschal zugestimmt werden, da nicht bekannt ist, was das kostet inkl. Folgenutzung, und was ein Abriss kostet. Gespräch mit Eigentümer müsse geführt werden, ihm gehöre das Areal schließlich. Die Stadt müsse sich klar werden „was wollen wir“. Die Kosten für den Erhalt müssen dringend in Erfahrung gebracht werden, einmalig und Folgekosten. Der Freistaat Bayern fördert nicht was nur erhalten werden soll, wir brauchen ein klares Konzept zur Nachnutzung, um zu sehen ob und wie etwas gefördert werden könne. Dann erst können wir über Erhalt oder nicht-Erhalt des Hochofens entscheiden. Wenn die Altlastensanierung anläuft und abgeschlossen ist, ist es zu spät über den Erhalt des Hochofens zu sprechen. Haben sich in den

vergangenen Jahren mehr Engagement vom BM gewünscht, um aktiver auf Eigentümer und Fördergeldgeber zuzugehen.

**Michael Göth (SPD):** Kann dem nicht zustimmen, es gab zahlreiche Gespräche. Konzepterstellung aus 2020 basierte aus den konkreten Wünschen der Stadt. Konkrete Nachnutzung ins Auge fassen, z. B. was Fraunhofer UMSICHT vorgeschlagen hat. Kulturelle Nachnutzung / Wohnbebauung. Ergebnis der Studie durch das DSK war, dass dies umsetzbar sei. Die Stadt habe die Vorstöße gemacht Teile des Ostgeländes zu erwerben. Versuch, eine Nutzung auf das Ostgelände zu bekommen was nicht gelungen sei. MH-Gelände an städtische Entwässerung anzuschließen. Was die Stadt machen konnte, wurde gemacht. Es müssen Grundlagen entwickelt werden „wie geht es weiter?“ Grundlage der Stadt sei Erhalt des Hochofens, das wurde gemeinsam beschlossen. Hochofen mit Umgriff ist in Denkmalliste, kein Austrag beantragt.

**Martin Kunert (SURO2030):** Wir sehen den dringenden Bedarf einer externen Projektsteuerung und appellieren, zeitnah die DSK mit der weiteren Projektentwicklung zu beauftragen, den Begleitprozess weiter zu führen und Fördermöglichkeiten dafür zu eruieren. Die „Hochofenplaza“ mit ihren einzelnen Gebäuden darf nicht mehr weiter reduziert werden. Es soll eine entsprechende Feinplanung für den denkmalgeschützten Bereich (Hochofenplaza) beauftragt werden. Der Flächennutzungsplan für das Gesamtareal (Ost- und Westteil) muss fortgeschrieben werden.

**Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat):** Aus Vorträgen der Sachverständigen sei bewusst geworden, dass der Hochofen das Alleinstellungsmerkmal des Geländes ist. Reihenfolge? Zuerst mit dem Eigentümer reden was erworben werden könne, dazu braucht es ein Nutzungskonzept für eine finanzielle Förderung. Unschlüssig, ob Nutzungskonzept von außen auferlegt von selbst entwickelt werden solle.

**Wolfgang Berndt (DIE LINKE):** Zustimmung zum Fahrplan: Erst überlegen, was will man, dann schauen was man sich leisten kann. Hochofen ist geschichtlich etwas besonderes, ohne Hochofen ist alles andere ein unnötiger Schrottplatz. Gespräche mit Eigentümer sind wichtig, davor müsse die Stadt sich klar werden was wir wollen.

**Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU):** Damaliges und jetziges Ziel ist nach wie vor der Erhalt des Hochofens, aber nicht um jeden Preis. Deshalb müsse man wissen was es einmalig und künftig kosten wird. Das ist ein sehr polarisierendes Thema, trotzdem bzw. gerade deshalb müsse sich auch die Stadt dazu äußern, dafür müssen Kosten und Fördermöglichkeiten bekannt sein. Gespräche mit Eigentümer hätten längst geführt werden müssen. Um zu eruieren was wir wollen, braucht es kein externes Büro. Beim Thema Erhalt müsse man sich auf das beschränken was überhaupt erhalten werden kann, z. B ist Gießhalle 1 in einem sehr schlechten Zustand.

**Dr. Armin Rüger (SPD):** Schon unzählige Male über dieses Thema unterhalten, in verschiedensten Varianten. Stadt, Eigentümer und Freistaat, alle Drei, nicht nur bilateral, müssen an einen Tisch kommen um zu sehen, wer was möchte und beitragen kann. Wir als Stadt können das alleine nicht tragen. Wir müssen ausloten, zu was die Staatsregierung bereit sei.

**Günter Koller (CSU / JU):** Habe schon viele Diskussionen in den letzten 15 Jahren mitgemacht. Nun ist das Bewusstsein gereift: Wenn wir jetzt nichts machen passiert lange Zeit gar nichts mehr. Wenn wir uns beim Radverkehrskonzept eine externe Begleitung wünschen, sollten wir uns das auch beim Thema MH-Areal leisten. Gespräche mit dem Eigentümer müssen geführt werden, davor müsse fraktionsübergreifend beschlossen werden, was wir eigentlich wollen, und zwar sehr zeitnah.

**Dr. Martin Pöllath (FDP / FWS):** Schließe sich Herrn Koller und den Vorrednern an. Eine kleine, sehr gut ausgewählte hochkarätige Gruppe solle das Gespräch mit dem Eigentümer suchen.

**Joachim Bender (SPD):** Zusatzfrage: Altlastensanierung ca. 25 Mio. €, 11 Mio. € Zuschuss Freistaat: Ist da der Bereich Hochofen und Plaza hier mit dabei?

**Karl Reyzl (CSU / JU):** Nach meinem Kenntnisstand betrifft der Sanierungsplan das gesamte Westareal. Problem, wenn daraus Flächen heraus genommen werden, dann sind diese mit

Sanierungskosten belastet. Deshalb reduzierte Version der Plaza mit sehr engem Umgriff, um zu sanierende Fläche zu verringern bzw. dafür gar keine Sanierungskosten anfallen zu lassen.

**Dr. Stefan Morgenschweis (CSU / JU):** Problematik an einem Beispiel: Einladung zur Einweihung des Förderturms. Wir müssen uns unabhängig vom DSK entscheiden, wollen wir den Hochofen, welche Folgenutzung? Diese Entscheidung muss hier im Stadtrat getroffen werden, wie es auch beim Förderturm der Fall war, beides ist Teil der Bergbaugeschichte der Stadt. Was passiert mit den bei Sanierung auszubauenden, denkmalgeschützten Dampfmaschinen?

**Karl Reyzi (CSU / JU):** Möchte Anregung von Herrn Morgenschweis ergänzen: Frau Petra Schöllhorn (Baureferat): sei bewusst, dass über zahlreiche weitere denkmalgeschützte Elemente des MH-Geländes entschieden werden müsse: Kühltürme, Hauptwerkstadt, Hallen, Dampfmaschinen, Vielzahl von Objekten die bei Sanierung teilweise rückgebaut werden müssen.

**Markus Lommer (Stadtheimatspfleger):** Kurze Vorbemerkung zu Herrn Reyzi, Stichwort „kleine Variante“ welche eine Sanierung der Plaza nicht nötig macht, habe sich nur auf Altlastensanierung bezogen, nicht auf andere Sanierungsmaßnahmen zur Erhaltung. Wir drehen uns seit 20 Jahren im Kreis. Die ganze Sache ist ein hochkomplexer Prozess, keiner hier im Raum hat die ausreichende Kompetenz so einen Prozess umfassend zu steuern. Wir können entscheiden was wir wollen, Fachleute können sagen was (un)möglich ist, und was wie in welcher Reihenfolge mit wem gemacht werden kann. Unser Entscheidungsprozess müsse fachlich begleitet werden.

**Michael Göth (SPD):** Vorschlag, Gespräch mit Eigentümer werde vorbereitet werden, es soll entschieden werden wer von den Fraktionen teilnimmt. Einer fachlichen Begleitung wie von Herrn Lommer vorgeschlagen könne ebenfalls zugestimmt werden.

è Diesem Fahrplan wurde einstimmig zugestimmt

## TOP Ö 6: Genehmigung von Sitzungsniederschriften; 36. Sitzung des Stadtrates am 27.06.2023

### TOP Ö 8: Bekanntgaben

#### TOP Ö 8.1: Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der 36. Sitzung des Stadtrates vom 27.06.2023

- Brückenneubau BW 09 Neumarkter Straße; Vergabe der Ingenieurleistungen
- Feuerwehrgerätehaus Sulzbach; Auftragsvergabe für die Anschaffung von Klimaanlage für den a) Server-/Technikraum im Kellergeschoss; b) Aufenthaltsraum und die Einsatzzentrale im Erdgeschoss
- Netzunterhalt „Erlheim“; Vergabe der Erdarbeiten
- Netzunterhalt Bahnhofstraße; Vergabe der Erdarbeiten

#### TOP Ö 8.2: Digitaler Zwilling – Anfrage in der 34. Sitzung des Stadtrates am 25.04.2023 TOP-Nr.: 17.1; Bekanntgabe

*Sachdarstellung: Je nach Erweiterung und Ergänzung des Digitalen Zwillings um weitere Smart City Anwendungen können fast alle Ämter mit dem Basismodul des Digitalen Zwillings weiterarbeiten. Alle*

Verwaltungsakteure können Zugang zum DZ bekommen. Alle Verwaltungsakteure können neue Smart City Projekte umsetzen und in DZ integrieren.

## TOP Ö 9: Anfragen

**Hans-Jürgen Reitzenstein (FDP / FWS):** Dank an Bekanntgabe zum Digitalen Zwilling, war eine wichtige Entscheidung. Zwei Anfragen: 1. Wie weit sind die Planungen zu PV-Anlage auf Klärwerk? 2. Online-Webshop für Eintritt ins Waldbad, an bestimmten Tagen sehr lange Warteschlange.

**Michael Göth (SPD):** Router am Waldbad war defekt, ist repariert. Webshop müsse noch fertig gestellt werden.

**Petra Schöllhorn (Baureferat):** Antrag zum Thema PV Klärwerk aus personellen Gründen verzögert behandelt

**Dr. Sven Mörk (CSU / JU):** Bauabschnitt Schießstätte geht gut voran, bisherige Einrichtung räumt am Schloßl schon aus, wird KiTa Schießstätte am 4.11. rechtzeitig fertig? Vorher Besichtigung möglich?

**Michael Göth (SPD):** Gemeinsame Eröffnung am 31. August

**Joachim Bender (SPD):** Es wurde beschlossen zwei Trinkwasserspender aufzustellen, setzt die aktuelle Baumaßnahme am Luitpoldplatz das das um?

**Michael Göth (SPD):** Ja, das geschieht

**Joachim Bender (SPD):** Soll der Bürgermeister organisieren, dass der Stadtrat gemeinsam die Realschule besichtigt?

**Martin Kunert (SURO2030):** Anfrage zur Änderung Gestaltungssatzung? Ist die für April angedachte Novellierung des Bayer. Denkmalschutzgesetzes erfolgt, rechtlicher Rahmen zur Änderung der Gestaltungssatzung vorliegend?

**Petra Schöllhorn (Baureferat):** Handlungsanweisungen vom Landesamt für Denkmalpflege sind heraus gekommen. Es sei nicht alles frei gegeben, es sollte Priorität auf öffentlich nicht einsehbare Dächer oder Nebengebäude sein. Eine gewerbliche Nutzung (Einspeisung von PV-Strom von Denkmälern) ist nicht vorgesehen, nur Eigennutzung. Rote Module sollen bevorzugt werden, Ausgleich der Mehrkosten (Module teurer und geringerer Wirkungsgrad) durch Fördertöpfe.

**Martin Kunert (SURO2030):** Damals wurde ein Rahmenplan vorgeschlagen, was wo wie realisiert werden könne. Kann die Verwaltung hier einsteigen, um einen solchen Plan zu erstellen wo welche Module möglich werden?

**Michael Göth (SPD):** Potenzialflächenanalyse liegt vor, gebäudescharf, als Grundlage für einen solchen Plan.

**Petra Schöllhorn (Baureferat):** Korrekt, aber das beleuchtet das Thema Denkmalschutz nicht. Der Plan solle Tabu-Zonen ausweisen. Planung war bislang Zeitproblem, Zeitraum von 1 Jahr müsse anberaumt werden.

**Martin Kunert (SURO2030):** Digitaler Zwilling könne hier helfen?

**Petra Schöllhorn (Baureferat):** Ja, aber das könne die Stadt alleine nicht leisten, wir brauchen dazu jemand Externes.

**Yvonne Rösel (Bündnis 90 / Die Grünen):** Unterführung für Radfahrer / Fußgänger am Feuerhof: Kurvenbereich, schwer einsehbar, es sind schon mehrfach Zusammenstöße zwischen Fahrradfahrern und Fußgänger erfolgt. Können man einen Spiegel aufstellen um die Situation zu entschärfen?

**Günter Koller (CSU / JU):** Fahrradständer oben am Annaberg sind gut, aber was waren Beweggründe, diese ganz nach oben zu setzen? Damit wurden die Behindertenparkplätze weiter nach unten verlegt.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Zur „gewerbliche Nutzung von PV-Anlagen“ (Denkmalschutz, Gestaltungssatzung): Private PV-Anlagen unterliegen zwischenzeitlich ohnehin zumeist der „Liebhaberei“

Petra Schöllhorn (Baureferat): „Gewerblich“ ist hier nicht im Sinne „steuerlich“ gemeint.

#### TOP Ö 10: Anträge gem. § 25 Abs. 1 GeschO-Stadtrat

**TOP Ö 10.1: Bewerbung für das Förderprogramm "Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel"; Antrag in der 36. Sitzung des Stadtrates am 27.06.2023**

Petra Schöllhorn (Baureferat): Stadt kann den Antrag selbst nicht stellen

Michael Göth (SPD): Antragstellung ohne beschlossenen Haushalt für 2024? Ist bekannt, ob dieses Förderprogramm verlängert werden soll?

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Solche Programme gab es immer wieder in den vergangenen Jahren.

**TOP Ö 10.2: Entlastung der PKW-Stellflächen durch ermäßigte Stellplätze in der Tiefgarage für Anwohner; Antrag in der 36. Sitzung des Stadtrates am 27.06.2023**

Michael Göth (SPD): Lassen Bedarf für freie Plätze ermitteln, dann im Ausschuss behandeln.

**TOP Ö 10.3: Antrag zu TOP 1 „Vorstellung des Zukunftskonzepts für das Maxhüttenareal“ auf Beratung im Stadtrat zur weiteren Vorgehensweise; Antrag in der 36. Sitzung des Stadtrates am 27.06.2023**

Michael Göth (SPD): Hat sich erledigt

#### TOP Ö 11: Anträge gem. § 25 Abs. 2 ff. GeschO-Stadtrat

Günter Koller (CSU / JU): Von Kulturamt veranstalteter Kultursommer, Jugendorchester, Stimmen der Berge, alles gut organisiert und gut angenommen. Wenn mal wieder Baumaßnahmen bestehen: Vom Luitpoldplatz und Musikschule aus ist es v. a. für gehbehinderte oder ältere Menschen schwierig zu gehen. Bodenplatten können so gelegt werden, dass man auch mit Gehhilfe hoch käme.

Gez. Christian Koch, 26.07.2023